

„Wohin geht ein Staatsvolk, wenn sein Land untergeht?“

„Wie weiter nach Cancún?“ Auf einer Tagung des Auswärtigen Amtes und des Bundesverbands Emissionshandel wurde diskutiert, mit welchen Mitteln der globale Klimaschutz vorangebracht werden kann.

eid „Der Klimawandel kann genau so gefährlich sein wie Panzer und Raketen. Wir haben Phasen erlebt, wo zahlreiche Kriege um Ressourcen geführt wurden. Klimawandel ist ein Spannungsverstärker. Der Klimawandel ist zu einer außenpolitischen Herausforderung geworden“, so Hinrich Thölken, Leiter des Referats Klima- und Umweltpolitik im Auswärtigen Amt. Er ist überzeugt, dass das Thema nicht ausschließlich den UN-Klimaverhandlungen vorbehalten sein soll. „Es ist ein breiterer Politikansatz erforderlich“, sagte er bei der Tagung „Wie weiter nach Cancún? Wege zu einem internationalen System zum globalen Klimaschutz“, die sein Ministerium mit dem Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz und mit Blick auf die Verhandlungen Ende des Jahres in Südafrika ausgerichtet hat.

„Die Migration von den Inseln hat bereits begonnen“, so Thölken. Der Klimawandel berühre Souveränitätsfragen, möglichen Territorialverlust. „Wohin geht ein Staatsvolk, wenn sein Land untergeht?“ Es müssten Ausgleichsmechanismen gefunden werden für die Nicht-Förderung von fossilen Energieträgern. „Wir müssen das Thema aus der umweltpolitischen Ecke herausholen. Wir stehen in der Diskussion ganz am Anfang.“ Thölken berichtete, dass das Auswärtige Amt seine Botschaften ins Spiel bringe, um für Klimaschutz in den Gastländern zu werben. In diesem Jahr würden aus dem Energie- und Klimafonds Projekte in 20 bis 25 Ländern gestartet, die „Vehikel des Dialogs“ sein sollten. Die Rolle des Auswärtigen Dienstes der EU müsse gestärkt werden. Das Auswärtige Amt setze sich zudem dafür ein, dass sich der UN-Sicherheitsrat dem Thema widmet.

„Nach Cancún sind wir zurück in der Spur. Die internationalen Klimaverhandlungen treten nicht auf der Stelle“, sagte Artur Runge-Metzger, Direktor International & Climate Strategy der Generaldirektion Klimapolitik. „Aber die wirklich schwierigen Fragen sind noch zu klären.“ Völlig offen sei beispielsweise die Einbe-

ziehung der Fluorkohlenwasserstoffe, der Landwirtschaft und des internationalen Luft- und Schiffsverkehrs oder die langfristige Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen im Anschluss an das „Fast Start“-Paket 2010-2012. Die Länder, die nach Cancún Angebote zur Emissionsminderung gemacht hätten, umfassten zwar 80 Prozent der globalen Emissionen, doch die Minderungsmengen deckten nur 60 Prozent der für die Zielerreichung bis 2020 notwendigen. „Es ist noch sehr viel nachzulegen. Wann der Scheitelpunkt der Emissionen erreicht sein soll, ist auch noch eine offene Frage.“

Die EU setze sich für eine globale, rechtlich bindende Vereinbarung ein, aber die Entwicklungsländer drängten auf eine 2. Verpflichtungsperiode zum Kyoto-Protokoll, so Runge-Metzger. Dazu wäre die EU bereit, Japan, Russland und Kanada aber nicht. Und ohne diese Länder wären damit nur 15 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes abgedeckt. „Wir wollen einen internationalen CO₂-Preis. Ein stabiler Markt liefert Anreize für ambitionierte Anstrengungen in Entwicklungsländern und ist eine wichtige Quelle zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen.“ Es gebe bereits in einzelnen Ländern Handelssysteme. Selbst China wolle sechs regionale Handelssysteme als Pilotprojekte installieren. „Wir hoffen auf eine Vernetzung. Wir müssen neue Allianzen schmieden parallel zu den UN-Verhandlungen.“

Auf solche Allianzen hofft auch bvek-Vorsitzender Jürgen Hacker. Das europäische Emissionshandelssystem sei möglichst schon 2013 mit den zahlreichen in Vorbereitung befindlichen Systemen zu vernetzen. „Linking ist wichtig, um möglichst effektiv und effizient die Ziele zu erreichen.“ Ökologische Treffgenauigkeit kön-

ne auch mit unabhängigen nationalen Systemen erzielt werden. „Aber wir brauchen auch das volle ökonomische Potenzial, andernfalls werden wir die Unterstützung der Bevölkerung nicht erhalten.“ Je mehr Länder sich am System handelbarer Emissionsrechte beteiligten, desto größer sei das Einsparpotenzial. „Linking minimiert zudem die Gefahr, dass Produzenten abwandern und Arbeitsplätze verloren gehen. Zwischen verlinkten Staaten kann es



Vertreter verschiedener Nicht-Regierungsorganisationen machten mit einer Protestaktion während der Konferenz in Cancún auf die Folgen des Klimawandels aufmerksam.

Bild: EU

kein Leakage geben.“ Zunächst müssten nicht alle teilnehmen, es sei aber eine „kritische Masse hinsichtlich Wirtschaftskraft und Emissionen notwendig, ein späteres „Andocken“ weiterer Länder sei möglich. Aber spätestens 2025, 2030 sei ein globales System zwingend notwendig.

„Die Schwellenländer fürchten, sie müssten ihre Entwicklungsmöglichkeiten aufgeben. Wir müssen zeigen, dass Wirtschaftswachstum und Emissionsminderung kein Gegensatz sind“, sagte Ottmar Edenhofer, Chefökonom des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Er sieht einen globalen CO₂-Preis als Ideallösung, um das 2-Grad-Ziel einzuhalten und setzt auf eine „Koalition der Willigen“. „Globale Klimapolitik ist Risikomanagement. Wir müssen mit hohen Restrisiken fertig werden. Wir werden über globale Gerechtigkeit und Fairness reden müssen.“ ■